

Ungarn und Finnland

Die Negativ-Berichterstattung der Magdeburger Volksstimme zu politischen Bewegungen in Ungarn und Finnland, die große Unterstützung in der jeweiligen Bevölkerung gefunden hatten, geschah in weitgehendem Gleichklang mit den tonangebenden deutschen Massenmedien.

Es sollte dagegen gewürdigt werden, wenn sich Mitgliedstaaten der Europäischen Union verheerenden Tendenzen entgegenstellen, die Abtreibung als Menschenrecht zu deklarieren, Embryonen schutzlos zu stellen und die Familie zu zerstören. Besonders empfindlich reagieren gewisse Kräfte in der EU auf Bestrebungen, wesentliche Aspekte der christlichen Wurzeln Europas zu bewahren.

Ich danke der Volksstimme für den Abdruck meines Leserbriefes.

Vom 27.4.2011:

Ungarn und Finnland

Vorwurf des Populismus und der Parolen

Zu „Die glücklichsten Finnen sind in Wahrheit reichlich wütend“ und „Parolen für ein Land wie früher“, Volksstimme vom 19. April:

„Mit der Begründung, die alte kommunistische Verfassung endlich tilgen zu müssen“, habe die Regierungspartei in Ungarn „das neue Gesetzeswerk auf Gott und Vaterland“ ausgerichtet, teilt uns der Autor mit. Soll das heißen: dann doch lieber eine kommunistische? Auch werde „die Heiligkeit der Ehe zwischen Mann und Frau“ beschworen. Gäbe Gott, dass diese auch bei uns noch hochgehalten würde. Eine ganz andere Frage ist natürlich, ob das nach der Trennung von Kirche und Staat Aufgabe des Staates sein könne. Doch es kommt ja noch

schlimmer. „Der bebrillte, übergewichtige und oft sichtbar schwitzende Soini mit seinen Protestparolen“ – heißt es über den in der Wahl in Finnland erfolgreichen Politiker Timo Soini.

Aber dieser Soini möchte doch ein „Land wie früher“ „ohne die Erlaubnis für Abtreibungen“, wird ihm vorgeworfen. Im schon sehr weit gehenden und noch mehr missbrauchten Paragraf 218a heißt es bei uns in Deutschland übrigens im Absatz (2): „Der mit Einwilligung der Schwangeren von einem Arzt vorgenommene Schwangerschaftsabbruch ist nicht rechtswidrig, wenn der Abbruch der Schwangerschaft unter Berücksichtigung der gegenwärtigen und zukünftigen Lebensverhältnisse der Schwangeren nach ärztlicher Erkenntnis an-

gezeigt ist, um eine Gefahr für das Leben oder die Gefahr einer schwerwiegenden Beeinträchtigung des körperlichen oder seelischen Gesundheitszustandes der Schwangeren abzuwenden, und die Gefahr nicht auf eine andere für sie zumutbare Weise abgewendet werden kann.“ (Was wohl nur in seltensten Fällen wirklich zutreffen wird!)

Bedeutet das aber eine generelle „Erlaubnis für Abtreibungen“, für das Zerstückeln unserer ungeborenen Kinder durch „Absaugen“ oder anderswie, was dann als Fortschritt zu preisen sei? Die immer öfter in Medien anzutreffende direkte Positionierung pro Abtreibung macht die Verlogenheit des oft von den gleichen Vertretern zu hörenden Geredes vom Lebensschutz, dem unsere Gesetze an-

geblich dienen, nur zu deutlich. So könnte man weitere Aspekte dieser Berichterstattung konkret ansprechen. Es ist erstaunlich, dass die, die so etwas schreiben, gegen andere den Vorwurf des Populismus und der Parolen erheben. Wenn „gleichgesinnte Parteien und Gruppierungen im EU-Raum“, „die in ihren Ländern das politische Establishment bereits gehörig aufgemischt haben“, von vielen gewählt werden, dann sollten die dadurch aufgedeckten Fehler und Defizite der bisherigen Politik durch seriöse Änderungen behoben werden, anstatt die Wähler dieser Parteien herabzuwürdigen, etwa als „Männer mit vergleichsweise schlechter Ausbildung“.

**Prof. Lutz Sperling,
Magdeburg**

Magdeburg, den 19.4.2011

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit bitte ich um Abdruck meiner folgenden Zeilen als Leserbrief in der Volksstimme.

Mit freundlichen Grüßen

Lutz Sperling

Leserbrief zu Meinung und Debatte,

1. Steffen Honig: "Die glücklichen Finnen sind in Wahrheit reichlich wütend",

2. Thomas Borchert: "Parolen für ein Land wie früher",

Volksstimme, Dienstag, 19. April 2011, Seite 4

"Mit der Begründung, die alte kommunistische Verfassung endlich tilgen zu müssen", habe die Regierungspartei in Ungarn "das neue Gesetzeswerk auf Gott und Vaterland" ausgerichtet, teilt uns Steffen Honig mit. Soll das heißen: dann doch lieber eine kommunistische? Auch werde "die Heiligkeit der Ehe zwischen Mann und Frau" beschworen. Gäbe Gott, daß diese auch bei uns noch hochgehalten würde. Eine ganz andere Frage ist natürlich, ob das nach der Trennung von Kirche und Staat Aufgabe des Staates sein könne. Aber so feine Differenzierungen sind wohl die Sache der Redakteure nicht. Doch es kommt ja noch schlimmer. "Der bebrillte, übergewichtige und oft sichtbar schwitzende Soini mit seinen Protestparolen" - so Thomas Borchert über den in der Wahl in Finnland erfolgreichen Politiker Timo Soini. Kennen wir diesen diffamierenden Stil nicht noch anderswo her? Aber dieser Soini möchte doch ein "Land wie früher" "ohne die Erlaubnis für Abtreibungen", wird ihm vorgeworfen. Im schon sehr weit gehenden und noch mehr mißbrauchten §218a heißt es bei uns in Deutschland übrigens im Absatz (2): "Der mit Einwilligung der Schwangeren von einem Arzt vorgenommene Schwangerschaftsabbruch ist nicht rechtswidrig, wenn der Abbruch der Schwangerschaft unter Berücksichtigung der gegenwärtigen und zukünftigen Lebensverhältnisse der Schwangeren nach ärztlicher Erkenntnis angezeigt ist, um eine Gefahr für das Leben oder die Gefahr einer schwerwiegenden Beeinträchtigung des körperlichen oder seelischen Gesundheitszustandes der Schwangeren abzuwenden, und die Gefahr nicht auf eine andere für sie zumutbare Weise abgewendet werden kann." (Was wohl nur in seltensten Fällen wirklich zutreffen wird!) Bedeutet das aber eine generelle "Erlaubnis für Abtreibungen", für das Zerstückeln unserer ungeborenen Kinder durch "Absaugen" oder anderswie, was dann als Fortschritt zu preisen sei? Die immer öfter in Medien anzutreffende direkte Positionierung pro Abtreibung macht die Verlogenheit des oft von den gleichen Vertretern zu hörenden Geredes vom Lebensschutz, dem unsere Gesetze angeblich dienen, nur zu deutlich. So könnte man weitere Aspekte dieser Berichterstattung konkret ansprechen. Es ist erstaunlich, daß Redakteure, die so etwas schreiben, gegen andere den Vorwurf des Populismus und der Parolen erheben. Wenn "gleichgesinnte Parteien und Gruppierungen im EU-Raum", "die in ihren Ländern das politische Establishment bereits gehörig aufgemischt haben" (St. Honig), von vielen gewählt werden, dann sollten die dadurch aufgedeckten Fehler und Defizite der bisherigen Politik durch seriöse Änderungen behoben werden, anstatt die Wähler dieser Parteien herabzuwürdigen, etwa als "Männer mit vergleichsweise schlechter Ausbildung" (Th. Borchert).

Prof. Dr. Lutz Sperling, Magdeburg